

Heinz Hürten

Normative Orientierung christlicher Parteien

Eine historische Betrachtung

Die Frage nach dem, was eine sich als christlich bezeichnende Partei als verbindliche Norm für Programm und Praxis betrachtet, erscheint auf den ersten Blick müßig. Was kann für eine solche Partei denn anders eigentliche Norm sein als die christliche Lehre? Dies ist denn auch, soweit ich sehe, von diesen bislang niemals in Abrede gestellt worden. Gleichwohl stößt eine Überlegung zu unserem Thema zunächst auf einen negativen Befund: Die historisch wirksam gewordenen christlichen Parteien Europas sind nicht aus dem Versuch entstanden, ein theoretisches Konzept, wie Staat und Gesellschaft nach christlichen Prinzipien gestaltet werden könnten, in die Praxis umzusetzen; vielmehr war ihre Entstehung bedingt durch kontingente, geschichtlich zufällige Umstände, zu deren Bewältigung die Lehre des Christentums keine Handlungsanweisungen bieten kann. Demgegenüber haben Konzepte einer „christlichen Demokratie“, so groß ihre geistesgeschichtliche Wirkung auch gewesen sein mag, in der Regel nicht direkt zur Bildung aktionsfähiger politischer Gruppen geführt.

Im Frankreich der Restaurationszeit hat Lamennais als erster und mit denkbar weitgespanntem Anspruch die Idee einer christlichen Demokratie konzipiert. Aber dieser theoretische Ansatz zerbrach gerade an seiner geschichtsphilosophischen, theologischen Fundierung, welche die Verbindung von Demokratie und Kirche als historische Notwendigkeit beschrieb, und konnte deshalb trotz aller Impulse, die von der politischen Praxis Lamennais' auf die katholische Bewegung in Frankreich, in Belgien und in Deutschland ausgingen, nicht zur Grundlage einer kraftvollen Partei werden. Vielleicht ist es auch nicht ganz ohne Aufschluß, daß Frankreich in unserem Jahrhundert wiederum mit Jacques Maritain einen Vordenker christlicher Demokratie von weltweiter Ausstrahlungskraft und mit Marc Sangnier einen faszinierenden Repräsentanten religiös geprägten Engagements für die Demokratie, aber – abgesehen von der vergleichsweise kurzen Epoche des Mouvement Republicain Populaire (MRP), das mit Bidault, Schuman, Pflimlin u. a. die Nachkriegspolitik Frankreichs bedeutsam mitgestaltet hat – keine in der praktischen Politik bedeutsame christliche Partei hervorgebracht hat. Die historischen Wurzeln der christlichen Parteien Europas liegen offensichtlich an anderer Stelle als in umfassender Programmatik.

Ein weiterer negativer Befund schließt sich an: Nicht alle der als christlich be-

zeichneten oder angesehenen Parteien sind als solche gegründet worden, wie dies etwa die Entwicklung der Deutschen Zentrumspartei in besonders merklicher Weise dartut. Sie wurde zu einer Partei von Christen, näherhin von Katholiken, weil sie für ihre Zielsetzung keine andere Unterstützung fand als die von Katholiken. Die Abgrenzung der christlichen Parteien von anderen war also nicht in jedem Fall von Anfang an so deutlich, daß sie als neue und eigenständige politische Richtung, nicht aber als Spielart bereits bestehender, konservativer oder liberaler Provenienz, verstanden werden mußten.

Läßt sich somit die Entstehung der christlichen Parteien Europas als Konsequenz der Vereinsamung beschreiben, der die Katholiken in der nachrevolutionären Gesellschaft ausgesetzt waren, wenn nicht gar wie in Großbritannien einer rechtsförmlichen Diskriminierung, deren schließlich erreichte Beseitigung auch den Anfang vom Ende der erfolgreichen Catholic Association O'Connells einläutete, ist ihre Programmatik als Reaktion auf die gesellschaftliche Position der Katholiken und als Instrument zu deren Verbesserung anzusehen. Die trotz aller nationalen Verschiedenheiten darin anzutreffenden Gemeinsamkeiten erklären sich dabei in einem großen Maß aus der Gleichsinnigkeit der Zielrichtung bei wesentlicher Übereinstimmung in grundlegenden moralischen Standards.

Freiheit für alle

Gleichmäßig überzeugt von der Verpflichtung der Christen, die etablierte Obrigkeit zu achten, schied für die christlichen Parteien der Gedanke einer revolutionären Verwirklichung ihrer Ziele aus. Um so mehr mußte die Ausweitung der gegebenen Rechtsposition ihnen als geeignete Waffe in ihrem Kampf um Kirchen- und Unterrichtsfreiheit wie um gesellschaftliche Gleichstellung erscheinen. Ob es sich darum handelte, das Wahlrecht der irischen Pächter gegen die traditionelle Herrschaft der protestantischen Lords über die Grüne Insel und die Diskriminierung der Katholiken in Großbritannien zu verwenden, die Regierung der Vereinigten Niederlande durch Petitionsstürme in Bedrängnis zu bringen, das Recht der französischen Katholiken auf Gründung eigener Schulen vor Gerichten zu erstreiten, stets war das gegebene, positive Recht Grundlage und Voraussetzung der politischen Aktivität, wie deren Ziel die Freiheit, nicht als Privileg der Kirche, sondern als Recht aller. „Bürgerliche und religiöse Freiheit für alle Welt“ war das Motto, unter dem der „Correspondant“, eine Zeitung in der Aufbruchphase des französischen Katholizismus, erschien. In Deutschland war es kein anderer als Görres, der den Katholiken das entscheidende Ziel wies, Statusverbesserung durch Betonung des Rechtsstandpunkts anzustreben.

Über die in der katholischen Tradition liegende Hochschätzung des Rechts hinaus war dieses unter den politischen Bedingungen des 19. Jahrhunderts zum

wichtigsten Kampfmittel für die bedrängten Katholiken geworden. Seine Geltung als politische Norm konnte dadurch nur erhöht werden; Verfassungspartei zu sein, die bestehendes Recht anerkennen und verwirklichen wollte, verstand sich deshalb für die katholischen Parteien fast von selbst.

Die Realisierung solcher Zielsetzung setzte freilich eine Massenbasis voraus, und über eine solche verfügen zu können, war die Grundlage des Erfolgs der Katholiken in Irland, in Belgien und auch in Deutschland, wo der alte Görres 1840 angesichts des unerwarteten Zustroms zur Wallfahrt zum Heiligen Rock in Trier gemeint hatte, daß die Zukunft der Kirche gesichert sei, wenn erst einmal die Entscheidung darüber bei den Massen läge. Die Notwendigkeit, um Massenanhang zu werben, machte damit die christlichen Parteien noch nicht ohne weiteres zu demokratischen, aber es war ein Gebot ihrer Selbsterhaltung, sich für die moralische wie materielle Hebung der breiten Volksschichten einzusetzen, als deren Repräsentanten sie auftraten. Sie erhielten deshalb fast zwangsläufig einen populistischen Grundzug.

Das soziale Engagement der Katholiken, das mit ihrer politischen Aktivierung einherging oder ihr gar zeitlich vorauslief, kann aber nicht einfach als Ergebnis eines taktischen Kalküls begriffen werden, die Armen durch Fürsorge an die christlichen Parteien zu binden, wenn auch solche Mechanismen den christlichen Parteien in den Augen der Armen einen Vorzug vor den Liberalen eingebracht haben mögen. Das Bewußtsein der Verpflichtung zu christlicher Caritas, die in der Aufbruchszeit des politischen Katholizismus organisatorisch oftmals von denselben Persönlichkeiten entwickelt wurde, die auch Partei und Presse voranbrachten, war genuin christlicher Natur, der sich keine Gruppe organisierter Christen entziehen konnte. Noch war lange Zeit die Politik mit diesem Problemkreis nicht anders befaßt als durch die Ermöglichung der Tätigkeit von caritativen Organisationen; aber die später so stark hervortretende sozialpolitische Komponente war hier bereits vorgezeichnet.

Auf Rechtsgleichheit und Wahrung der bürgerlichen Freiheit bedacht, zur Rücksichtnahme auf die politischen und materiellen Interessen der breiten Massen genötigt wie aus Überzeugung sozial, haben die christlichen Parteien des 19. Jahrhunderts ein Programm repräsentiert, das über die Vertretung konfessioneller Partikularinteressen weit hinausging, aber noch nicht aus sich selbst bereits eine christliche Partei konstituierte: Der christliche Charakter dieser Parteien erwuchs weit mehr aus der Konfession ihrer Anhänger und deren Motivation, in der gegebenen Situation als Christen zu handeln, als aus einer programmatischen Festlegung. Darum konnten sie sich auch offenhalten für Andersgläubige, wie sie wenigstens meinten. Daß diese aber – von verschwindenden Ausnahmen abgesehen – doch nicht zu ihnen stießen, läßt fragen, ob hinter der unspezifisch erscheinenden Programmatik nicht mehr an orientierendem Erbgut verborgen lag, als eine Analyse der formell proklamierten Texte herausbringen kann.

Daß man die Hypothese wagen darf, die christlichen Parteien hätten von früh an mehr an gemeinsamer normativer Orientierung aus ihrer christlichen Tradition bezogen als ihre formellen Programme erkennen lassen, dürfte sich auch aus dem Umstand ergeben, daß viele dieser Parteien weiterexistiert haben und teilweise noch heute existieren, nachdem die ursprünglichen Ziele, die zu erreichen der Zweck ihrer Gründung gewesen war, tatsächlich erreicht wurden. Es fehlt zwar nicht an Gegenbeispielen: O'Connells Catholic Association zerbrach, als der Kampf um den Repeal, die Lösung von Großbritannien, verlorenging; die französischen Katholiken suchten Anschluß an unterschiedliche politische Gruppierungen, und es gelang den kleinen christlichen Parteigruppen nie (auch dem MRP nur zeitweilig), sie in großer Zahl aus solchen Bindungen zu lösen. Aufstieg und Konsolidierung der Deutschen Zentrums-Partei sind zutiefst mit dem Kulturkampf verknüpft, nach dessen Höhepunkt ein kontinuierlicher Wählerschwund einsetzte, der schließlich beim Zusammenbruch des Kaiserreichs die Frage aufwarf, ob die Partei überhaupt noch eine Zukunftschance habe, bis ihr im preußischen Kultusminister Adolph Hoffmann, der 1918 mit tolpatschiger Grobheit die „kulturpolitische Offensive“ der SPD gegen den Einfluß der Kirche in Öffentlichkeit und Schule anführte und damit den heftigen Widerstand der Christen beider Konfessionen auslöste, ein problematischer „Retter“ entstand.

Nichtsdestoweniger haben die christlichen Parteien im 20. Jahrhundert so viel Anhänger und politisches Gewicht gewonnen, daß sie nicht als Relikte einer historisch überholten Kampfsituation betrachtet werden können, sondern neben den großen politischen Strömungen gleichrangig einen eigenen und unverwechselbaren Platz behaupten. Sie sind offenbar in der Lage gewesen, auf die neuen Aufgaben, die sich ihnen stellten, eine Antwort zu finden, die ihre Anhänger überzeugte. Was aber sind diese Antworten und wie sind sie begründet?

Gesellschaftsgestaltung

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Ausweitung der Aufgaben, welche das 20. Jahrhundert im Unterschied zu ihren früheren Phasen den christlichen Parteien stellte, in sehr grober Umschreibung vornehmlich in der umfassenden Gesellschaftsgestaltung sieht, wie sie durch die Auflösung der vorindustriellen Bedingungen und den Schwund traditionaler Bindungen ebenso möglich wie notwendig wurde. Hierbei ist ihnen, soweit sie für katholische Impulse offen sind, die von den Päpsten entwickelte christliche Soziallehre ein wichtiges Orientierungsangebot gewesen, ähnlich wie Ketteler schon 1848 auf Thomas von Aquin zurückgegriffen hatte, um die Stellung der Katholiken zur Eigentumsfrage zu klären.

Aber es wäre verfehlt, die praktische Politik der christlichen Parteien und deren Grundlegung als Umsetzung einer heterogenen Doktrin zu sehen, so groß der Erfolg mancher Inhalte der christlichen Soziallehre auch sein mag. Vielmehr dürfte der Gewinn neuer Antworten auf neue Probleme eine Aktualisierung von Wert- und Normvorstellungen gewesen sein, die aus der christlichen Tradition im intellektuellen Fundus der Christen bereitstanden, wobei nicht nur an das gemeinsame philosophische Erbe zu erinnern ist, wie hoch man im Einzelfall auch den Einfluß einer bestimmten Denkschule veranschlagen mag. Die Katholiken Europas besitzen darüber hinaus, wie der jetzt wieder ins Gespräch kommende Carl Schmitt gesagt hat, einen gemeinsamen Stil des Lebens, der ihre Welt merklich von der anderer Christen unterscheidet, ohne daß sich dies rational aus bestimmten Inhalten ihrer Glaubenslehre schlüssig ableiten ließe. Vielleicht lassen sich hieraus manche Gemeinsamkeiten in der Antwort der christlichen Parteien auf die Herausforderung durch die Zeit erklären.

Schließlich ist aber auch die christliche Soziallehre selbst nichts anderes als die unter bestimmten historischen Bedingungen zeitgerecht formulierte Philosophie des gesunden Menschenverstands, die unter dem Druck der kritischen Auseinandersetzung mit gegenläufigen Theorien erst doktrinäre Konturen annimmt. So gibt es das Subsidiaritätsprinzip als begrifflich gefaßte Norm erst seit der Enzyklika *Quadragesimo anno* von 1931; aber wer würde zu behaupten wagen, daß die damit gemeinte Sache neu und dem Christen bisher fremd gewesen sei? Don Sturzo und de Gasperi haben in ihrem Kampf gegen den traditionellen Zentralismus Italiens das Recht der Gemeinden und anderer kleiner Gruppen verfochten, lange bevor die ersten Konzepte für *Quadragesimo anno* entstanden.

Man kann offenbar eine Sache schon lange haben, ehe man das dafür geeignete Wort findet oder daraus eine Theorie zu machen nötig hat. So wird man eher umgekehrt annehmen können, daß theoretische Entwürfe nach Art der christlichen Soziallehre, die den christlichen Parteien als Wegweisung dienen, eher begriffliche Präzisierungen bereits vorhandener Anschauungen darstellen als von außen auferlegte, neuartige Kursbestimmungen. Dies wird man bedenken müssen, wenn man die Beschreibung nachvollzieht, die Michael P. Fogarty vom geistigen Profil der modernen christlichen Parteien Europas gegeben hat. Diese sind demnach „personalistisch, nicht individualistisch“, „pluralistisch, nicht kollektivistisch“, „konservativ, aber nicht traditionalistisch“, wobei die theoretische Begründung jeweils aus dem Naturrecht oder bei den protestantischen Parteien aus der Bibel hergeleitet werde.

Die von Fogarty festgestellten Merkmale, deren Richtigkeit wohl nicht zu bezweifeln ist, kennzeichnen eine politisch eigenständige Position der christlichen Parteien, die sie von Liberalismus und Sozialismus deutlich abgrenzt. Nicht ganz so leicht erkennbar ist die Trennungslinie gegenüber dem Konservatismus, der allerdings ein Phänomen von weitaus geringerer Theoriebildung als die beiden

anderen Strömungen darstellt und deshalb unzweideutige Positionszuweisungen erschwert. Tatsächlich zeigen die christlichen Parteien manche Berührungspunkte mit dem Konservatismus, wie gar einzelne von ihnen die Bezeichnung „konservativ“ für sich in Anspruch nehmen, wie die 1912 gegründete „Schweizerische konservative Volkspartei“, die in der freilich trügerischen Hoffnung, damit in größerem Maße Protestanten anziehen zu können, der Bezeichnung „konservativ“ den Vorzug gab vor der von einer Minderheit angestrebten Bezeichnung „katholisch“. Aber den christlichen Parteien ist eine Identifizierung mit dem Konservatismus doch nur insoweit möglich, als dieser sich nicht den ursprünglich auf der Linken angesiedelten Nationalismus zu eigen gemacht, sich sozial geöffnet hat und das Christentum als moralische Grundlage eines jeden „guten Lebens“ betrachtet.

Eigenständiges Profil

Jedenfalls besitzen die christlichen Parteien auch den Konservativen gegenüber ein eigenständiges Profil. Sie können aus dem ihnen immanenten sozialen Impuls gelegentlich sogar sich selbst als Linksparteien definieren wie der MRP oder Teile der Democrazia Cristiana. Dieses eigenständige Profil der Parteien entspricht nicht einem vorgegebenen theoretischen Programm, sondern der Wahrung und Weiterentwicklung einer Tradition, eben der christlichen Tradition Europas in seinen verschiedenen Ländern. Dies ist nicht unbedingt eine Neuauflage der Rede vom Abendland, deren massenhafter und manchmal unkritischer Gebrauch eine richtige Auffassung außer Kurs gesetzt hat. Wichtig für die normative Orientierung christlicher Parteien in der Gegenwart scheint vielmehr als erster Gewinn einer historischen Betrachtung die Erkenntnis, daß kein intellektuell noch so hochstehendes Programm ihren historischen Erfolg bewirkt hat, sondern ihre Verbindung mit den Gruppen und Schichten, die aus christlicher Überzeugung und Tradition leben und in dieser Bindung Antworten auf die Probleme der Zeit suchen.

Dies dürfte auch der Weg sein, die programmatische Zielsetzung dieser Parteien vor ideologischer Verengung zu bewahren und ihre Kooperationsfähigkeit mit Nichtchristen offenzuhalten. Man kann sich mit einer Partei zusammentun, deren praktische Ziele man bejaht, die aber deshalb noch kein religiöses oder weltanschauliches Bekenntnis verlangt. Ob dagegen vermehrtes Bemühen um eine Programmatik, die mehr sein soll als eine Beschreibung von Aktionszielen, Erfolg verspricht, muß wohl bezweifelt werden. Gerade weil es die universale Botschaft des Christentums ist, die letztlich die Arbeit der christlichen Parteien begründet, muß jeder Versuch Skepsis erregen, aus dieser Botschaft eine politische Doktrin zu ziehen. Das Beispiel der Action Française, die keine christliche

Partei war, aber die Christen für sich gewinnen wollte und 1926 von der Kirche verboten wurde, weil sie ohne innere Bindung an die Werte des Christentums sich ihrer bediente, um politische Zwecke zu erreichen, dieses Beispiel warnt: Das Christentum zum Ideenlieferanten für eine Politik zu machen, die sich selbst dem Christentum nicht verpflichtet weiß, ist zum Scheitern verurteilt, und die Kirche und die Christen werden sich einer solchen Umkehrung des „Primats des Geistlichen“ zugunsten der Politik widersetzen müssen.

Für eine christliche Partei kann ihre eigene Politik immer nur ein Vorletztes sein. Statt der Versuche, mit der Sozialdemokratie in der Verfertigung von Parteiprogrammen konkurrieren zu wollen, wird man den christlichen Parteien empfehlen müssen, den Kontakt mit dem Kirchenvolk nicht abreißen zu lassen, mit denen, die Christen sein wollen und sich ihrer politischen Verantwortung als Bürger bewußt sind. Dies ist in unserer Gegenwart schwerer als früher, aus zwei Gründen: Die Parteien, auch die christlichen, professionalisieren sich. Die Politik ist längst ein Beruf geworden, den man schon bei der Wahl seines Studienfachs ins Auge nimmt und weiterhin planmäßig über verschiedene Zwischenstationen ansteuert, anstatt daß die Repräsentanten der vielfältigen Gruppen und Aktivitäten im Volk das Rekrutierungspotential für die politische Elite bilden. Auf der anderen Seite sind aber auch die christlichen Aktionsgruppen der Politik ferner gerückt als früher. Der deutsche Katholizismus ist in einem Maß auf sein Innenleben konzentriert, auf Theologie, Liturgie, Seelsorge, das wenig Energie und Interesse für Dinge dieser Welt freigibt. Wenn die christlichen Parteien eine auf sich selbst gestellte Machtapparatur von Technokraten werden sollten, ist ihre Identität gefährdet, und es steht dahin, ob sie dann auf die Dauer Erfolg und Existenz bewahren können.

Durch Erfahrung und Geschichte bestimmt

Unsere Überlegungen zur normativen Orientierung christlicher Parteien können nicht abgeschlossen werden ohne eine Reflexion der Tatsache, daß ihnen in und für Europa die größte Bedeutung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zugewachsen ist. MRP, Democrazia Cristiana und CDU/CSU sind trotz ihrer weit in die Geschichte zurückreichenden Wurzeln nicht zu verstehen ohne die besonderen Bedingungen ihrer Gründung angesichts des Zusammenbruchs der Hitlerherrschaft. In der Periode des materiellen und moralischen Wiederaufbaus, in der sie ihren vordem ungeahnten Aufstieg nahmen, war ihre Zielsetzung nicht zuletzt bestimmt durch das Bewußtsein, einer Wiederkehr des Vergangenen vorbeugen zu müssen, wobei sie sich nicht genötigt sahen, früheren Prinzipien abzuschwören, sondern eher in der Überzeugung lebten, daß ihre alten Grundorientierungen durch die Erfahrung der zurückliegenden Zeit in ihrer Gültigkeit

bestätigt seien und allenfalls der aktualisierenden Zuspitzung bedürften. Was Konrad Adenauer in seiner großen Rede vom 24. März 1946 in der Kölner Universität über das Programm der CDU sagte, das nach seiner Darlegung eine neuartige Alternative zu den bereits seit langer Zeit in Deutschland herrschenden politischen Auffassungen bot, hätte ein Zentrumsolitiker aus der Zeit Windthorst's kaum anders sagen können.

So erweist sich die normative Orientierung der christlichen Parteien als ebenso durch Erfahrung und Geschichte bestimmt wie durch ihre eben darin bestätigte Tradition. Dies hebt sie untereinander in merklicher Weise voneinander ab. Trotz der Einheit in der christlichen Basis ist die Tradition, aus der sie leben, national oder auch regional getönt, so weit, daß etwa aus historisch-kontingenten Gründen in Deutschland die Unterrichtsfreiheit, die in Frankreich von Anfang an einen zentralen Platz in Praxis und Programmatik besessen hat, nur in der Mutation als Elternrecht existiert, ohne den Rang eines Grundrechts einzunehmen. So scheint sich einmal mehr zu erhärten, daß es christlich-demokratische Programmatik nicht als abgeschlossene Doktrin gibt, sondern als ein Gefüge von Sätzen, in denen aus christlicher Tradition und historischer Erfahrung Anweisungen zum Handeln in einer begrenzten Epoche gefaßt sind. Es wird eine der Aufgaben der christlichen Parteien bleiben, dieses Gefüge von Sätzen vor ideologischen Verkrustungen zu bewahren, sie immer offen zu lassen für die neu formulierten Antworten auf die Herausforderung der Zeit.